497210-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten – Sicherheits- und Empfangsdienstleistungen
OJ S 136/2026 17/07/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH (Cyberagentur)
E-Mail: vergabestelle@cyberagentur.de
Der Erwerber ist ein Auftraggeber

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sicherheits- und Empfangsdienstleistungen
Beschreibung: Die Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH , sucht einen Sicherheitsdienstleister als Auftragnehmer, der die Verantwortung für die von ihr benannten Schutzziele und Aufgaben, wie z.B. den Schutz der körperlichen Unversehrtheit (Leib, Leben und Gesundheit) der Besucher, Mitarbeiter, Fremdfirmenangehörigen und sonstigen AG-fremden Personen, den Schutz von Eigentum und Besitz der AG, der Besucher, Mitarbeiter, Fremdfirmenangehörigen und AG-Fremden, sowie den Bereich Objekt- und Veranstaltungsschutz, sowie den Empfangsdienst übernimmt. Ziel der vorliegenden Ausschreibung ist es, einen Partner zu finden, mit dem die AG eine effiziente Sicherheitsorganisation etablieren kann. Mit dieser Ausschreibung sucht die AG einen Sicherheitsdienstleister, der leistungs- und qualitätsorientiert arbeitet. Dies zeigt sich unter anderem durch eine proaktive Zusammenarbeit mit dem AG und eine effektive und effiziente Ausführung des Auftrages. In der Leistungsbeschreibung werden die detaillierten Anforderungen an Bewachungs- und Servicedienstleistungen der Objekte und zugehörigen Außenflächen, die vom AN zu erbringenden Leistungen und Qualitäten sowie die Schnittstellen zu den internen Anforderungen definiert. Die vollständige Leistungsbeschreibung wird nach erfolgreicher Eignungsprüfung in der Angebotsphase zur Verfügung gestellt.
Kennung des Verfahrens: 1b00d983-2c86-4302-8886-6f57b4ca8c97
Interne Kennung: 062 CAEU VV 2026
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: a) Zu Kooperationsformen im vorliegenden Vergabeverfahren: Der Handelsregisterauszug, das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit sind bei Vorliegen einer Bewerbergemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Beabsichtigt der Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sich zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (z. B. durch Unterauftragnehmer) zu berufen, so sind die benannten Unterlagen für die anderen Unternehmen insoweit vorzulegen, als die Bezugnahme auf die Leistungsfähigkeit Dritter erfolgt. b) Die Teilnahmeanträge sind in deutscher Sprache einzureichen. c) Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge einen Bewerbungsbogen erstellt. Dieser ist für die Einreichung der Teilnahmeanträge zu verwenden. Die Teilnahmeanträge müssen bis zum Schlusstermin für deren Eingang nach Ziffer 5.1.12 elektronisch via: evergabe-online eingehen. In Papierform eingereichte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Eine Unterschrift oder Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht notwendig, der Name der verantwortlichen Person ist im Unterschriftsfeld jedoch zwingend anzugeben („Textform“). d) Die enthaltenen Zeitangaben stehen unter dem Vorbehalt der Anpassung und Aktualisierung, e) Datenschutz: Der Bewerber hat die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer geltender Gesetze zum Schutz personenbezogenen Daten einzuhalten. Für die Übermittlung personenbezogener Daten an den Auftraggeber trägt der Bewerber die datenschutzrechtliche Verantwortung und hat entsprechend die Rechtmäßigkeit sicherzustellen (z.B. durch Einholung von Einwilligungen bei Angaben natürlicher Personen).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

vsvgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber nicht zahlungsunfähig ist, dass über das Vermögen des Bewerbers kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, dass die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich der Bewerber nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Eigenerklärung des Bewerbers, dass kein Verbot einer Auftragsvergabe an den Bewerber nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung der Verordnung (EU) 2026/506 des Rates vom 23. April 2026 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, vorliegt. Eigenerklärung des Bewerbers, dass er im Auftragsfall keine Unterauftragnehmer/Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzen wird, für die Art. 5k Abs. 1 a) – c) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung der Verordnung (EU) 2026/506 des Rates vom 23. April 2026 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zutrifft und auf die mehr als 10% des Auftragswerts entfallen. Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber keine Kenntnis von einem Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens habe(n), der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Bewerber, Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sowie Unterauftragnehmer, die ihren Unternehmenssitz in Staaten gem. Staatenliste im Sinne von § 13 Absatz 1 Nummer 17 SÜG haben, sind vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Bewerbers in Frage gestellt wird, § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB; das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung, § 123 Abs. 3 GWB entsprechend.
Eigenerklärung des Bewerbers, dass kein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB vorliegt. Bei Vorliegen von Ausschlussgründen wird der Auftraggeber Angaben der Bieter zur Selbstreinigung nach § 125 GWB sowie den zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB berücksichtigen.
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften (z. B. § 23 AEntG, § 21 MiLoG oder Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften), die zu einer Eintragung im Gewerbezentralregister und/oder im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden ist.
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende sozial- und umweltrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber nicht mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber keine Kenntnis von einer Wettbewerbsverzerrung habe(n), die daraus resultiert, dass sein Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war.
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln. Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Bewerber nicht a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b)versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht habe(n), solche Informationen zu übermitteln.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Sicherheits- und Empfangsdienstleistungen
Beschreibung: Die Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH , sucht einen Sicherheitsdienstleister als Auftragnehmer, der die Verantwortung für die von ihr benannten Schutzziele und Aufgaben, wie z.B. den Schutz der körperlichen Unversehrtheit (Leib, Leben und Gesundheit) der Besucher, Mitarbeiter, Fremdfirmenangehörigen und sonstigen AG-fremden Personen, den Schutz von Eigentum und Besitz der AG, der Besucher, Mitarbeiter, Fremdfirmenangehörigen und AG-Fremden, sowie den Bereich Objekt- und Veranstaltungsschutz, sowie den Empfangsdienst übernimmt. Ziel der vorliegenden Ausschreibung ist es, einen Partner zu finden, mit dem die AG eine effiziente Sicherheitsorganisation etablieren kann. Mit dieser Ausschreibung sucht die AG einen Sicherheitsdienstleister, der leistungs- und qualitätsorientiert arbeitet. Dies zeigt sich unter anderem durch eine proaktive Zusammenarbeit mit dem AG und eine effektive und effiziente Ausführung des Auftrages. In der Leistungsbeschreibung werden die detaillierten Anforderungen an Bewachungs- und Servicedienstleistungen der Objekte und zugehörigen Außenflächen, die vom AN zu erbringenden Leistungen und Qualitäten sowie die Schnittstellen zu den internen Anforderungen definiert. Die vollständige Leistungsbeschreibung wird nach erfolgreicher Eignungsprüfung in der Angebotsphase zur Verfügung gestellt.
Interne Kennung: 062 CAEU VV 2026

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/11/2026
Enddatum der Laufzeit: 31/10/2028

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1
Weitere Informationen zur Verlängerung: optional Verlängrung um maximal zwei Jahre

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:
Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: Es besteht eine 3-jährige Geschäftstätigkeit und es können drei abgeschlossene Geschäftsjahre nachgewiesen werden. Die Erklärung über den

Jahresumsatz des Bewerbers im Bereich Sicherheitsdienstleistungen liegt im Durchschnitt der letzten drei Jahre bei mindestens 600.000 EUR netto p.a.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung
Beschreibung des Eignungskriteriums: 2,5 Mio. € für Personen- und sonstige Schäden pauschal (dies umfasst auch Schäden durch Beschädigung oder Vernichtung bewachter Sachen), zweifach maximiert und für Umwelthaftpflichtschäden inkl. Umwelthaftpflicht-Regress 250.000 € für die Beschaffung neuer Schlüssel / Codekarten und den Aus-tausch von Schlössern oder Schließsystemen / Vermögensschäden, insb. gem. geltendem Datenschutzrecht / das Abhandenkommen bewachter Sachen / Bearbeitungs-/Tätigkeitsschäden
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber erklärt, dass er sich in der personellen Geheimschutzbetreuung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) befindet und VS-ermächtigtes Personal gemäß der Untergruppe „Kategorie A 2“ vorhanden ist und für den ausgeschriebenen Auftrag eingesetzt werden könnte.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität
Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorlage aktuell gültiger Zertifikate zum Nachweis eines eingeführten und durch betriebliche Anweisungen umgesetzten Qualitätsmanagementsystems entsprechend der DIN EN ISO 9001-er Reihe. Vorlage eines Nachweises über eine Zertifizierung nach oder Eigenerklärung über die Umsetzung der Anforderungen entsprechend den Vorgaben der DIN 77 200-1:2022-10 verfügen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten
Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorlage eines Nachweises zur Verfügbarkeit über eine eigene oder per Aufschaltung auf eine fremde Notruf- und Service-Leitstelle (NSL), die gem. der VdS-Richtlinie 3138 zertifiziert ist oder einer Alarmempfangsstelle (AES), die gem. der DIN EN 50518 zertifiziert ist.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Qualität 60%, Preis 40%

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Schutz besonders sensibler Informationen
Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=876080

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:
Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich
Beschreibung: Der Bewerber erklärt, dass er sich in der personellen Geheimschutzbetreuung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) befindet und VS-ermächtigtes Personal gemäß der Untergruppe „Kategorie A 2“ vorhanden ist und für den ausgeschriebenen Auftrag eingesetzt werden könnte.
Bedingungen für die Einreichung:
Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=876080
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 19/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Anlagen des Dokuments Bewerbungsbogen
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Bewerber erklärt, dass er sich in der personellen Geheimschutzbetreuung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) befindet und VS-ermächtigtes Personal gemäß der Untergruppe „Kategorie A 2“ vorhanden ist und für den ausgeschriebenen Auftrag eingesetzt werden könnte.
Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: ja
Zusätzliche Angaben zur Geheimhaltungsvereinbarung: In der Leistungsbeschreibung werden die detaillierten Anforderungen an Bewachungs- und Servicedienstleistungen der Objekte und zugehörige Aussenflächen, die vom AN zu erbringenden Leistungen und Qualitäten sowie die Schnittstellen zu den internen Anforderungen definiert. Die vollständige Leistungsbeschreibung wird bei Vorlage der Geheimhaltungsverpflichtungs-Erklärung zur Verfügung gestellt.
Finanzielle Vereinbarung: ZVB in den Vergabeunterlagen enthalten
Vergabe von Unteraufträgen:
Es gilt keine Verpflichtung zur Vergabe von Unteraufträgen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt (BKartA), Die Vergabekammern des Bundes
Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. § 134 GWB Informations- und Wartepflicht (https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/__134.html) § 135 Unwirksamkeit (https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/__135.html)

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH (Cyberagentur)
Registrierungsnummer: USt-IdNr.: DE332829919
Postanschrift: Große Steinstraße 19
Stadt: Halle (Saale)
Postleitzahl: 06108
Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@cyberagentur.de
Telefon: 000
Internetadresse: https://www.cyberagentur.de
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt (BKartA), Die Vergabekammern des Bundes
Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e3a35cce-e1bd-4232-aaba-3ad909c73332 - 04
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 18
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/07/2026 09:07:38 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 497210-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 136/2026
Datum der Veröffentlichung: 17/07/2026